

Termine:

Eröffnungsfeier der neuen Boulderhalle des DAV

Heilbronn
Samstag, 23. März
12:00 Uhr

125 Jahre Posaunenchor Heilbronn

Heilbronn,
Wartbergkirche
Sonntag, 24. März
10:45 Uhr

Jugendkonferenz

Brackenheim,
Bürgerzentrum
Dienstag, 26. März
09:00 Uhr

„Innen-Stadt-Leben“ - Kommunaldialog der SPD-Fraktion im Heil- bronner Gemeinderat

Heilbronn, Ratskeller
Dienstag, 26. März
18:30 Uhr

Preisverleihung Hans- Jäckh-Stiftung

Heilbronn,
Stadtbibliothek
Donnerstag, 28. März
19:30 Uhr

Einweihung der katholi- schen Kindertagesstätte Marienfried

Böckingen
Samstag, 30. März
14:00



Foto: Landtag von Baden-Württemberg

Infobrief aus dem Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

nach langem Zögern haben die Regierungsfractionen nun doch einen Gesetzentwurf vorgelegt, der es Menschen mit Behinderung ermöglicht sich an Wahlen zu beteiligen. Im Unterschied zu unserem Entwurf, den wir gestern auch ins Plenum eingebracht haben, wird im Grün-Schwarzen Entwurf lediglich die Kommunalwahl und die nächste Landtagswahl für diesen Personenkreis geöffnet.

Aber die betroffenen Menschen mit Behinderung brauchen keine Übergangslösung für die kommenden Wahlen im Mai, sondern schnellstmöglich das unbefristete Wahlrecht. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, warum Grüne und Schwarze unserem Gesetzentwurf nicht zugestimmt haben, sondern diesen faulen Kompromiss als Lösung präsentieren. Insbesondere, da andere Bundesländer hier schon deutlich weiter sind und entsprechende Gesetze verabschiedet haben. Halbe Gleichstellung darf es in Baden-Württemberg nicht geben.

Herzliche Grüße



Rainer Hinderer MdL



Aktuelle Herausforderungen in der Altenpflege in Baden-Württemberg

Auch wenn viele politische Bereiche der Pflege in die Bundespolitik fallen, sieht die SPD-Landtagsfraktion auch in der Landespolitik Handlungsbedarf und hat dazu nun ein entsprechendes breites Positionspapier vorgelegt. Zwei Kernpunkte des Papiers sind die volle Übernahme der pflegebedingten Kosten im Heim durch die Pflegeversicherung und endlich eine allgemeinverbindliche Bezahlung in der Pflege. „Vor allem demografisch bedingt wird die Anzahl der Pflegebedürftigen auch in Baden-Württemberg weiter deutlich zunehmen. Dem gegenüber steht ein immenser Fachkräftemangel sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Altenpflege“, zeigt sich Rainer Hinderer von der Notwendigkeit des Papiers überzeugt. Neben einem 5-Jahres-Programm zum Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflegeplätze, die jährlich mit 25 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt gefördert werden sollen, sieht die SPD-Landtagsfraktion einen zusätzlichen jährlichen Finanzierungsbedarf in Höhe von 45 Millionen für einen Wiedereinstieg in die Förderung der strukturellen Pflege zu Hause und der Stärkung der teilstationären und stationären Pflegeinfrastruktur, 40 Millionen Euro für die Übernahme der Ausbildungskostenpauschale im Heimpflegesatz sowie generell eine höhere Förderung der Pflegeausbildung mit 20 Millionen Euro. Diese Beträge wird die SPD-Landtagsfraktion im Zuge der Beratungen zum Doppelhaushalt 2020/21 einbringen.

„Ich sehe es als unsere gesellschaftliche Pflicht, Menschen am Ende ihres Lebens finanziell zu entlasten und nicht auf den Kosten ihrer Pflege sitzen zu lassen.“ Daher ist für die SPD-Landtagsfraktion klar, dass nur „Kost und Logis“ weiter von den Pflegebedürftigen zu zahlen ist und die pflegebedingten Kosten im Heim voll von der Pflegeversicherung übernommen werden müssen.

Das gesamte Positionspapier finden Sie hier:

<https://www.spd-landtag-bw.de/altenpflege/>

Abschiebung von Geflüchteten trotz gesicherter Beschäftigung ist Unsinn!

Mit scharfer Kritik reagiert die SPD-Landtagsfraktion nach einer Beratung im Wirtschaftsausschuss auf die Haltung der grün-schwarzen Landesregierung zur Beschäftigungsduldung von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit. Schon 2020 wird es auf Bundesebene neue Regelungen geben, nach denen Geflüchtete, die in einer Ausbildung sind oder einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, nicht abgeschoben werden. Es ist absolut nicht nachvollziehbar, warum das Land sich weigert, schon jetzt im Vorgriff darauf entsprechend zu agieren. Bayern handhabt dies beispielsweise völlig anders und hat bereits eine Vorgriffsregelung erlassen, die schon jetzt die künftigen Voraussetzungen des angekündigten Bundesgesetzes vorwegnimmt.

„Innenminister Thomas Strobl und seine CDU sollten sich an ihren Parteifreunden aus Bayern ein Beispiel nehmen“, betont Rainer Hinderer und ärgert sich, dass zuletzt anders lautende Äußerungen mehrerer Regierungsmitglieder wohl nichts mehr als hohle Phrasen waren. „Über 100 Unternehmen haben sich für den sogenannten „Spurwechsel“ ausgesprochen. Das ausgerechnet die CDU diese Unternehmer ignoriert, ist ein Schlag ins Gesicht für das Engagement dieser Unternehmen bei der Integration von Geflüchteten.“

Kontakt:

Abgeordnetenbüro
Rainer Hinderer MdL
Wilhelmstraße 3
74072 Heilbronn

Tel.: 07131 8987141

Fax: 07131 8987151

E-Mail:

info@rainer-hinderer.de